

Sarah Beyer • Melissa Büttner • Rubén Kaiser • Anke Klaever •
Dorothea Schmidt • Alexandra Tost • Markus Wissen*






Editorial: Sozial-ökologische Bewegungen im Spannungsfeld von Staat und Demokratie

Die sozial-ökologische Krise spitzt sich zu. Der Klimawandel und die Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen schreiten ungebrochen voran. Obwohl es in dieser Situation dringender denn je gesellschaftliche Kräfte bräuchte, die die Krise wirksam politisieren, befinden sich sozial-ökologische Bewegungen selbst in einer Krise. Noch vor wenigen Jahren hatten sie großen Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs und erzielten teils bedeutende politische Erfolge – heute jedoch sind sie zunehmend mit Repressionen, gesellschaftlicher Marginalisierung und internen Spannungen konfrontiert.

Wie konnte es dazu kommen? Die in diesem Heft versammelten Beiträ-

ge erklären die Stärke bzw. Krise der sozial-ökologischen Bewegungen und die Konjunktur ihrer Themen im politischen Diskurs aus ihrem sich wandelnden Verhältnis zu Staat und Demokratie. Sie verknüpfen dazu die Analyse von Bewegungen mit einer Zeitdiagnose. Und sie sehen in einem besseren Verständnis der handlungs- und Wirkungsbedingungen sozial-ökologischer Bewegungen einen wichtigen Ausgangs- und Ansatzpunkt für die Entwicklung solidarischer Perspektiven jenseits des grünen und fossilen Kapitalismus.

Der Zeitraum zwischen Herbst 2018 und Frühjahr 2020 war von breiten Mobilisierungen gegen fossile Konzerne und für ambitioniertere Klimapoliti-

* **Sarah Beyer**  ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und promoviert an der Universität Münster zur sozial-ökologischen Transformation auf kommunaler Ebene. | **Melissa Büttner**  ist Doktorandin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und forscht zu Emotionen im und zum E-Auto. | **Rubén Kaiser** ist Doktorand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und forscht zu Wissenschaftsverständnissen im deutschen Klimaaktivismus. | **Anke Klaever**  ist Doktorandin an der Technischen Universität Berlin und forscht zu Mobilitätsgerechtigkeit. | **Dorothea Schmidt** war bis zu ihrer Emeritierung Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und ist Mitglied in der Redaktion der PROKLA. | **Alexandra Tost**  ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ (RIFS) und promoviert zur politischen Ökologie der Wasserstoffpolitik Chiles. | **Markus Wissen**  ist Redakteur der PROKLA und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

ken gekennzeichnet. Die sozialen Bewegungen verhalfen der Klimapolitik zu mehr Bedeutung, und öffentliche Debatten wurden zunehmend von ihren Forderungen geprägt. Es entstanden neue, transnational organisierte Bewegungen wie Fridays for Future (FFF) und Extinction Rebellion (XR), bereits etablierte Protestformate wie die Aktionen von Ende Gelände in Deutschland gewannen an Zulauf. Im Globalen Süden artikuliert sich Protest gegen einen »grünen Extraktivismus«, also gegen die Förderung von (metallischen) Rohstoffen, die für die ökologische Modernisierung im Globalen Norden verwendet werden.

Die neuen sozial-ökologischen Mobilisierungen bespielten unterschiedliche Protestarenen, ob vor Gericht (Klimaklagen), auf Protestcamps in der Nähe von Großmittenen (Hambacher Forst, Lützerath), durch Blockadeaktionen im Straßenverkehr (XR und Letzte Generation) oder über regelmäßige Großdemonstrationen (Klimastreik). Obwohl die an den Protesten beteiligten Gruppen zum Teil unterschiedliche Transformationsvorstellungen und -strategien verfolgten (Marquardt 2020), wurden sie in der Öffentlichkeit weitgehend als Einheit wahrgenommen. Das lag auch daran, dass die Bewegungen zu Beginn vage oder sehr allgemeine Ziele formulierten (»1,5-Grad-konforme Politik«, »Listen to the Science«) und kontroverse Themen eher vermieden, etwa CO₂-Speicherung, Geo-Engineering, Grüne Gentechnik, Degrowth, Konversion,

grüner Extraktivismus/Dekolonialismus, Intersektionalität (Rödder/Pavenstädt 2022). Auf dieser allgemeinen Ebene erzeugten die Forderungen eher wenig Reibung mit dem Staat und der institutionellen Politik und gewannen dadurch die Sympathien unter anderem von Vertreter*innen einer grün-kapitalistischen Modernisierung (z.B. Umweltministerien und grüne Parteien).

Die großen Mobilisierungen von 2019 verschafften den sozial-ökologischen Bewegungen diskursive Erfolge in Form einer erhöhten Sensibilisierung für Klima- und Umweltfragen. Darüber hinaus hinterließen die Bewegungen institutionelle Spuren. In Deutschland wurde das Klimaschutzgesetz 2019 verabschiedet und infolge des Klimabeschlusses des Bundesverfassungsgerichts 2021 noch einmal nachgeschärft. Auf EU-Ebene wurde mit dem Green Deal (siehe PROKLA 202) erstmals ein gesamteuropäisches Konzept zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2050 vorgelegt. Diese politischen Maßnahmen wären ohne die Existenz schlagkräftiger sozial-ökologischer Bewegungen kaum denkbar gewesen. Trotzdem stießen auch sie an ihre Grenzen. Statt eine grundlegende Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse vorzubereiten, ging es bei ihnen im Kern um eine grüne Modernisierung des Kapitalismus. Transformation wurde aus dieser Perspektive primär als eine Reduktion des atmosphärischen Kohlenstoffs verstanden, während die Veränderung der für die

hohen Emissionen verantwortlichen sozialen Verhältnisse und Dynamiken weitestgehend ausgeblendet wurde.

Von den klimapolitischen Erfolgen im Nachgang der Mobilisierungen von 2019 ist aktuell nur noch wenig zu sehen, vielmehr stehen die hart erkämpften politischen Beschlüsse aus dieser Zeit zunehmend unter Druck. Bei der Vorstellung des CDU-SPD-Koalitionsvertrags wurde das Wort Klima nicht einmal erwähnt. Das lässt sich auf die veränderten politischen Rahmenbedingungen zurückführen. So wurde ab 2020 die Klimapolitik von anderen Themen sukzessive überlagert. Krisen wie zunächst die Coronapandemie und dann die Eskalation geopolitischer Spannungen durch den Ukraine- und den Gaza-Krieg verdrängten den Kampf gegen die Klimakrise als Priorität. Im Zuge der Pandemie beschlossene Lockdowns erschwerten zudem massenwirksamen Straßenprotest und die infolge des Ukraine-Krieges stark gestiegenen Energiepreise beförderten die Angst vor Klimapolitik als zusätzlichem Kostenfaktor. Auch gerieten Projekte wie der Green Deal durch das Erstarken rechtsautoritärer Kräfte in Europa zunehmend unter Druck. Angesichts der Bedrohung von rechts stehen damit viele Aktivist*innen vor der Notwendigkeit, ihre sozial-ökologische Agenda mit der Verteidigung der Demokratie zu verbinden.

Vor diesem Hintergrund befinden sich sozial-ökologische Bewegungen aktuell in der Defensive. Dies äußert sich auch darin, dass sie mit ihren Ak-

tivitäten die politische Agenda kaum noch beeinflussen. Die Sympathie, die ihnen noch bis vor kurzem entgegengebracht wurde, ist in Rechtfertigungszwang umgeschlagen. Klimastreiks von FFF finden zwar in größeren Abständen immer noch statt, mobilisieren jedoch deutlich weniger Menschen. Bei vielen Aktivist*innen machen sich zudem Ratlosigkeit und Ohnmachtsgefühle breit. Das ist auch der Hintergrund für Debatten über Sabotage als legitimes Mittel von Klimaprotest (Malm 2020).

Zusätzlich zu den veränderten politischen Rahmenbedingungen sowie den internen Barrieren einer wirksamen Politisierung sozial-ökologischer Bedrohungen sind Bewegungen zunehmend mit Repression und der Kriminalisierung ihres Protests konfrontiert. Das gilt schon lange in besonderem Maße für Umweltschützer*innen im Globalen Süden – beispielsweise Anti-Kohle-Aktivist*innen in Kolumbien –, die durch ihren Aktivismus ihr Leben riskieren. Aber auch im Globalen Norden gehen Justiz und Staatsgewalt zunehmend autoritär gegen sozial-ökologische Bewegungen vor. So wurden Aktivist*innen von *Just Stop Oil* in England für eine Straßenblockade zu fünf Jahren Haft verurteilt, ohne dass ihnen vor Gericht erlaubt wurde, die politischen Beweggründe ihres Handelns zu erklären. In Deutschland wurde Anfang Februar 2025 einer Lehramtsanwärterin von der bayerischen Staatsregierung die Zulassung untersagt, weil sie sich am »antikapitalistischen Klimatreff München« beteiligt habe

und die »Forderung nach Abschaffung des Kapitalismus«¹ antidemokratisch sei. Schließlich wurde am 24. März ein Strafverfahren wegen der »Gründung einer kriminellen Vereinigung« gegen fünf Mitglieder der Letzten Generation eröffnet.²

Die gesellschaftliche und politische Defensive, in die sozial-ökologische Bewegungen angesichts dieser Entwicklungen geraten sind, bildet eine von zahlreichen Herausforderungen. Eine weitere Herausforderung liegt darin, dass die Bewegungslandschaft von internen Auseinandersetzungen sowie von Bemühungen um die Identifikation neuer Themen und Aktionsformen geprägt ist. Es bleibt offen, wie sich die Rolle der Bewegungen verändert und ob sich Teile der Bewegungen in bestehende Machtstrukturen integrieren oder integriert werden. Im Spannungsfeld von Einhegung und Radikalisierung stellt sich die Frage, wie bestimmte Positionen oder Lösungsvorschläge innerhalb der Bewegungen behandelt und diskutiert werden und wie sich das Verhältnis von Bewegungen, Staat und Demokratie entwickelt.

In der PROKLA 210 haben wir uns mit sozial-ökologischen Transformationskonflikten und linken Strategien beschäftigt. Im vorliegenden Heft liegt der Fokus auf veränderten Dynamiken innerhalb der sozial-ökologischen Be-

wegungen sowie auf deren Wechselwirkungen mit Staat und Demokratie. Es geht darum, Strategien der Bewegungen zu rekonstruieren und einzuordnen, sowie die Hemmnisse und Blockaden zu analysieren, mit denen sie konfrontiert sind. Dabei wird den ambivalenten und heterogenen Positionen sozial-ökologischer Bewegungen Rechnung getragen, die als Vorreiter gesellschaftlicher Veränderungen wirken und doch gleichzeitig von ebenen Strukturen geprägt sind, die sie kritisieren. Entsprechend stellt sich die Frage, welche Grenzen und Möglichkeiten bei der Politisierung der sozial-ökologischen Krise derzeit sichtbar werden, welche diskursiven oder realen politischen Erfolge in den letzten Jahren erzielt wurden und auf welchen Ebenen sich Erfolge bzw. Misserfolge abzeichnen. Ferner geht es um die Zukunfts- und Transformationsvorstellungen der Bewegungsakteure. Diese sind durchaus heterogen. So besteht Uneinigkeit darüber, ob eine umfassende Transformation innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems realisierbar ist. Zudem ist die Fähigkeit staatlicher Akteure zur Umsetzung eines transformativen Wandels ebenso umstritten, wie die Frage, ob sich mit den anvisierten Vorstellungen, Forderungen oder Aktionen gesellschaftliche Mehrheiten mobilisieren lassen.

In diesem Sinne drehen sich die Beiträge dieses Hefts um drei Leitfragen: Wie verändern sich die Dynamiken innerhalb der sozial-ökologischen Bewegungen im Kontext veränderter

1 Lisa Pöttinger auf X, <https://x.com> (11.2.202).

2 »Klima der Verfolgung«, <https://www.medico.de> (1.4.2025).

gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen? Welche Transformationsstrategien und Allianzen verfolgen die Bewegungen? In welchem Verhältnis stehen die Bewegungen zum kapitalistischen Staat und zur Demokratie?

Die gegenwärtige Defensive sozial-ökologischer Bewegungen verweist nicht nur auf veränderte politische Konjunkturen, sondern auch auf ein strukturelles Spannungsverhältnis zwischen Bewegungen, kapitalistischem Staat und demokratischer Praxis. Die Beiträger*innen dieses Heftes gehen daher von der Annahme aus, dass eine Analyse dieses Spannungsverhältnisses zentral ist, um die aktuelle Krise der Bewegungen zu verstehen – aber auch, um zukünftige Strategien solidarischer Transformation zu entwickeln.

Der Staat ist nicht neutraler Schiedsrichter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, sondern selbst in die Reproduktion jener sozioökonomischen Verhältnisse verstrickt, die die ökologische Krise hervorbringen. Er erscheint dabei als institutionalisierter Ausdruck einer widersprüchlichen Doppelrolle: Einerseits wird er zum Adressaten von Bewegungen, die Forderungen nach ökologischer Gerechtigkeit und demokratischer Teilhabe formulieren. Andererseits agiert er als Garant kapitalistischer Akkumulationsbedingungen, wodurch er zugleich als Gegner emanzipatorischer Transformationsprojekte erscheint. Die Bewegungen agieren somit stets in einem Spannungsfeld zwischen Einhegung und Radikalisierung,

zwischen der Möglichkeit institutioneller Anbindung und der Gefahr politischer Kooptation oder Repression.

Diese widersprüchliche Lage lässt sich exemplarisch an den internen Spannungen innerhalb der Bewegungen beobachten. Besonders deutlich tritt dies bei FFF zutage, wo ein pragmatischer Flügel, der auf Kooperation mit staatlichen Institutionen und Parteien setzt, einem radikaleren gegenübersteht, der auf tiefgreifende Systemveränderungen drängt. Um die Legitimität bestimmter Protestformen und divergierende *theories of change* entstehen strategische Konflikte – etwa zwischen legalistischen Klagestrategien und Aktionen des zivilen Ungehorsams, wobei beide zugleich appellativ an den Staat als Transformationsakteur gerichtet sind.

Unterdessen wird deutlich, dass auch die Demokratie selbst ein umkämpftes Terrain ist. Während FFF, XR und ähnliche Akteur*innen deliberative Verfahren wie Bürger*innenräte oder Mini-Publics als Erweiterung demokratischer Mitbestimmung fordern, sehen andere die bestehende Ordnung als zunehmend postdemokratisch und strukturell unfähig zur Bearbeitung der ökologischen Krise. Der politische Raum erscheint so als doppeltes Kampffeld: Gekämpft wird um das Klima und um die Demokratie selbst.

In Reaktion auf die autoritäre Zuspitzung und die wachsende rechte Mobilisierung formulieren viele Aktivist*innen daher eine doppelte Verteidigungsstrategie: Sie verbinden Kli-

maschutz mit der Abwehr antidemokratischer Tendenzen. So schreibt die Letzte Generation in einem Newsletter: »Es ist ein Teufelskreis: Faschisten befördern mit ihrem Drang nach fossilen Technologien die Klimakatastrophe. Und durch die Verschärfung letzterer werden multiple Krisen angeheizt, was wiederum den perfekten Nährboden für Faschismus, Rassismus und autoritäre Regime bereitet.«³

Vor diesem Hintergrund wird in den Bewegungen zunehmend über das Verhältnis zwischen sozial-ökologischer Transformation und demokratischem Wandel diskutiert. Anknüpfend an theoretische Arbeiten etwa von Heidenreich (2023) oder Debatten in Sammelbänden wie *The Routledge Handbook of Democracy and Sustainability* (Bornermann u.a. 2021) lässt sich fragen, ob eine »Transformation der Demokratie« nicht selbst Teil der sozial-ökologischen Transformation sein muss – und umgekehrt. Die gegenwärtigen Krisen der Demokratie sind untrennbar mit den ökologischen Krisen verbunden und sie verschärfen sich gegenseitig. Eine emanzipatorische Perspektive auf die ökologische Frage muss diese Verflechtungen ernst nehmen.

Auch die Frage nach Allianzen wird unter diesen Bedingungen neu angegangen. Deutlich wird dies etwa am Spannungsverhältnis zwischen Klima- und Arbeiter*innenbewegung. Während

Kampagnen wie #Wirfahrenzusammen von FFF und ver.di zeigen, dass Bündnisse mit Beschäftigten im Verkehrssektor möglich sind, stößt eine ökologisch motivierte Klassenpolitik weiterhin auf strukturelle Hürden – etwa in Form von Gewerkschaften, die aus Angst vor Arbeitsplatzverlusten den Kohleausstieg oder eine ambitionierte Umweltpolitik blockieren (siehe mit Verweis auf das Jobs-versus-Environment-Dilemma *Silpa Satheesh* in diesem Heft). Diese Konflikte verweisen auf eine zentrale Herausforderung künftiger Bewegungen: ökologische Transformationen als soziale Kämpfe zu begreifen und strategische Brücken zwischen Klimabewegung und Arbeitswelt zu bauen – jenseits kurzfristiger Koalitionen (siehe den Einspruch von *Caesar Anderegg* und *Leon Switala* in diesem Heft). Erschwert wird dies in jüngster Zeit durch eine Politik der Aufrüstung, in deren Rahmen Konversion mit Unterstützung der Gewerkschaften nicht zugunsten sozial-ökologisch sinnvoller Produkte, sondern zugunsten der Waffenproduktion betrieben wird.

Die gegenwärtige Phase ist somit sowohl durch Repression und politische Rückschläge gekennzeichnet als auch durch eine notwendige strategische Neuausrichtung. In der Auseinandersetzung mit Staat und Demokratie können sozial-ökologische Bewegungen neue politische Horizonte eröffnen – vorausgesetzt, sie begreifen ihre Kämpfe nicht nur als ökologische oder moralische, sondern als zutiefst politische und soziale.

3 »Wie Faschismus und die Klimakatastrophe zusammen hängen«, Newsletter der Letzten Generation (24.1.2025).

Carla Noever Castelos setzt sich mit der Frage auseinander, wie eine Transformation hin zu einer post-extraktivistischen Zukunft gelingen kann. Dabei stellt sie die Bedeutung »präfigurativer Praktiken« in den Mittelpunkt ihrer Analyse. Im Gegensatz zu staatszentrierten Transformationsansätzen steht Präfiguration für das experimentelle Erproben erwünschter zukünftiger Beziehungsweisen im Hier und Jetzt. Am Beispiel verschiedener Anti-Lithium-Initiativen in der spanischen Provinz Extremadura zeichnet sie nach, wie sozial-ökologische Bewegungen den Aufbau horizontaler Institutionen sowie demokratischer und sorgender Subjektivitäten vorantreiben. Damit stellen präfigurative Praktiken eine wichtige Grundlage für post-extraktivistische Transformationen dar. Allerdings sind diese Praktiken in ihrer Wirkung begrenzt, da sie häufig nach innen gerichtet sind und damit nicht auf die Transformation staatlicher Institutionen abzielen. *Noever Castelos* schließt daher mit dem Ausblick, dass es eine zentrale Herausforderung zukünftiger Bewegungen sein wird, die Grenze zwischen der internen Entwicklung und Erprobung radikaler Alternativen und dem breiteren Wirken in Staat und Institutionen erfolgreich zu verschieben.

Silpa Satheesh widmet sich dem spannungsreichen Verhältnis von Ökologie- und Arbeiter*innenbewegung. Am Beispiel der industriellen Umweltverschmutzung im indischen Bundesstaat Kerala zeigt sie, wie eine primär

an der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen orientierte Gewerkschaft in Konflikt mit einer ökologisch motivierten Arbeiter*innenbewegung gerät. Diese vertritt im Unterschied zu jener weniger die Interessen von meist männlichen Industriearbeitern als von Arbeiter*innen im informellen und im primären Sektor. Ökologische Fragen, so die These der Autorin, rücken umso mehr ins Blickfeld von Gewerkschaften, je stärker die organisierte Arbeiterschaft lebens- und arbeitsweltlich von einer intakten Umwelt abhängig sind.

Ausgangspunkt des Beitrags von *Leon Wörmann* ist die öffentliche Erregung über den jüngeren Klimaprotest, die immer häufiger in Kriminalisierung und Repression der Bewegung umschlägt. Wörmann nimmt die Diskreditierung von Klimaaktivist*innen als »Staatsfeinde« zum Anlass, sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Staatsverständnis von FFF, XR, Ende Gelände und der Letzten Generation zu beschäftigen. Während Ende Gelände durchweg staatskritisch ist, praktizieren die anderen Gruppen dem Autor zufolge einen »staatsüberzeugten« Klimaprotest. Weit davon entfernt, den Staat zu bekämpfen, setzen sie sich für dessen Erweiterung in Gestalt von deliberativen Gesellschafts- oder Bürger*innenräten ein.

Lea Frerichs befasst sich in ihrem Beitrag mit der Bedeutung von Klimaklagen. Frerichs zeigt, dass diese in ihrer Wirkung nicht auf eine rein rechtliche Ebene beschränkt sind, sondern als Teil

eines erweiterten Aktions-Repertoires der Klimabewegung verstanden werden können. Der Artikel behandelt vier Klimaklagen, die von deutschen Umweltverbänden zusammen mit Betroffenen sowie prominenten Aktivist*innen von FFF gegen die Bundesregierung bzw. deutsche Unternehmen geführt wurden. Über die Klagen wurde mediale Aufmerksamkeit geschaffen. Insbesondere für das mediale Framing von Verantwortung und Schuld in der Klimakrise bieten Gerichtsprozesse mit ihrer antagonistischen Logik ein hohes Potenzial. Frerichs' Analyse der Mediendaten zeigt, dass Klimaklagen, im Gegensatz zum oft abwertenden Framing von Klimaaktivismus, eine hohe Robustheit gegen diskursive Abwertung aufweisen. Dadurch haben sie das Potenzial, die öffentliche Legitimität von Klimaschutzpolitiken zu fördern.

Johannes Siegmund beschäftigt sich mit der aufkommenden Entwicklung und den aktuellen Debatten um solidarische Kollapspolitiken, direkte Hilfe und solidarisches Preppen. Diese Themen werden seit 2020 innerhalb der Klimabewegungen im deutschsprachigen Raum diskutiert und praktisch erprobt sowie als mögliches Handlungsfeld eines neuen Bewegungszyklus vorgeschlagen. In Zeiten, in denen basale Infrastrukturen zu zerbrechen drohen, staatliche Akteure an der Bewältigung multipler Krisen scheitern und rechtspopulistische Kräfte erstarren, organisieren solidarische Kollapspolitiken direkte Hilfe und politisieren diese, um gewaltfreie, demokratische

Reaktionen auf ebendiese Krisen zu ermöglichen. Der Artikel beschreibt und analysiert die Diskurse und Praktiken solidarischer Kollapspolitiken und beleuchtet deren Potenziale und Grenzen. *Siegmund* plädiert dabei unter anderem für eine Erweiterung um queerfeministische, antirassistische sowie anti-, de- und postkoloniale Perspektiven. So könnten solidarische Kollapspolitiken umfassender auf die vielschichtigen Herausforderungen für Klimagerechtigkeit reagieren und zu neuen, inklusiven Allianzen beitragen.

Caesar Anderegg und *Leon Switala* argumentieren in ihrem Einspruch, dass die dominanten Akteure der deutschsprachigen Klimabewegung eine Strategie der Ereignispolitik verfolgen, bei der die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht ausreichend adressiert werden. Der fehlende kritische Bezug auf Staat, Arbeit und Klasse ist laut den Autoren der Grund für den Mangel an Machtressourcen und sie plädieren für eine Ausrichtung der Bewegung auf ökologische Klassenpolitik. Als Beispiel für die erfolgreiche ideologische und materielle Konfrontation von Staat und Kapital werden die GKN-Bewegung in Italien und die Mobilisierung rund um die Schließung von zwei Stahlwerken in der Schweiz angeführt.

Jenseits des Schwerpunkts und außerhalb der Verantwortung der Gastredaktion gibt es vier Beiträge, die teilweise an Diskussionen aus vorherigen Heften anschließen. *Marius Bickhardt* nimmt einen Aspekt der PROKLA 218

zur Surplus Society auf und diskutiert in seiner Kritik der Demografiekritik Konfliktlinien der Bevölkerungstheorie. Den ökologischen Warnungen vor den planetaren Grenzen steht eine liberale Position gegenüber, die auf die Innovationskraft durch die wachsende Bevölkerung vertraut. Die feministische Kritik wiederum betont die sozialen Folgen von bevölkerungspolitischen Maßnahmen wie Zwang, Kontrolle und Ungleichheit. *Bickhardt* widmet sich in einer kritischen Rückbesinnung auf die marxistische Malthus-Kritik vor allem den strukturellen Ursachen für das Bevölkerungswachstum: Er zeigt, wie Prozesse der Ausbeutung und Herrschaft zentrale Triebkräfte historischer Bevölkerungsentwicklungen waren, und skizziert auf dieser Grundlage eine materialistische Bevölkerungstheorie.

Die *Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung (IDA)* reagiert in ihrem Einspruch auf die PROKLA 215 zu Demokratischer Planwirtschaft und fokussiert dabei auf das Modell der Arbeitszeitrechnung, das insbesondere von der Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) 1930 entwickelt wurde. IDA argumentiert, dass eine Theorie dezentraler und arbeitszeitbasierter Planwirtschaft auf Basis selbstverwalteter Betriebe die Herausforderungen demokratischer Planung beleuchten könne und dass daraus grundlegende Merkmale einer politischen Ökonomie des Sozialismus zu gewinnen seien.

Nikolai Huke untersucht den Rechtsstaat als unabgeschlossenes Projekt.

Dazu kritisiert er dessen theoretische bzw. funktionale Definition in der Politikwissenschaft aus einer empirischen Perspektive. Er zeigt den Widerspruch zwischen normativem Anspruch und empirischer Wirklichkeit des Rechtsstaats als Projekt, da in der Realität Rechtsverletzungen alltäglich und insbesondere marginalisierte Gruppen davon betroffen sind. Das Wissen über Recht und die Möglichkeiten des Zugangs zum Recht und der Rechtsmobilisierung sind auch in einem vermeintlich existierenden Rechtsstaat wie Deutschland stark von der sozialen Position abhängig und Ausdruck der gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse. Die Idee des Rechtsstaates kann daher nur als Horizont begriffen werden, der tatsächlich nicht erreicht werden kann.

Aram Ziai erweitert die PROKLA-Reihe zu Konflikten in und um Nahost. Anhand dreier Kontroversen um Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit – den »Fall« Mbembe, den sogenannten zweiten Historikerstreit und die Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 – untersucht er, wie die postkolonialen Studien oftmals nicht nur von konservativer Seite, sondern auch von liberalen und linken Positionen als grundsätzlich antisemitisch diskreditiert werden. Ausgehend von diesen medialen Konflikten erklärt *Ziai* die hegemonial gewordene Kritik an den postkolonialen Studien durch drei Umstände: durch den Bezug auf einen Begriff von Antisemitismus im Sinn der Arbeitsdefinition der International Ho-

locust Remembrance Alliance (IHRA); durch den (west-)deutschen historischen Kontext, in dem die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu einer entsprechenden Positionierung und teils zu Abwehrreflexen geführt hat; sowie durch einen Eurozentrismus und koloniale Argumentationsmuster, die sich auch bei Linken und Liberalen finden.

Die PROKLA-Redaktion dankt den Gastredakteur*innen Sarah Beyer, Melissa Büttner, Rubén Kaiser, Anke Kläever und Alexandra Tost sehr herzlich für ihre wertvolle Mitarbeit am Konzept und die engagierte Umsetzung des Heftschwerpunkts.

Literatur

- Bornemann, Basil u.a. (2021): *The Routledge Handbook of Democracy and Sustainability*. London. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780429024085>.
- Heidenreich, Felix (2023): *Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie*. Berlin.
- Malm, Andreas (2020): *Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen*. Berlin.
- Marquardt, Jens (2020): *Fridays for Future's Disruptive Potential: An Inconvenient Youth Between Moderate and Radical Ideas*. In: *Front. Commun.* 5(48): 1-18. DOI: <https://doi.org/10.3389/fcomm.2020.00048>.
- Rödter, Simone / Pavenstädt, Christopher Niklas (2022): *Unite behind the Science! Climate movements' use of scientific evidence in narratives on socio-ecological futures*. In: *Science and Public Policy* 50(1): 30-41. DOI: <https://doi.org/10.1093/scipol/scac046>.

Der PROKLA-Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. | Postbank Berlin | IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 | BIC: PBNKDEFF

PROKLA ABO

PROKLA abonnieren und verschenken!

Wer die PROKLA für sich oder als Geschenk abonnieren möchte, findet ein Abo-Formular auf der Website des Verlages:
www.beritz-fischer.de/prokla-abo

Als Abo-Prämie können Sie sich einen der untenstehenden Titel aus unserem Verlagsprogramm aussuchen.
Wenn Sie per SEPA-Lastschrift zahlen, sogar zwei!



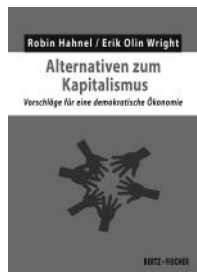
Sebastian Schädler
Kontrollver*lust
Männer – Sex – Gewalt

Margit Mayer
Die US-Linken und die Demokratische Partei
Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära



Decio Machado • Raúl Zibechi
Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern? Eine Bilanz der lateinamerikanischen Linksregierungen.
Übersetzung / Nachwort: Raul Zelik

Nina Scholz
Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co. Was tun gegen die Macht der Konzerne?



Robin Hahnel • Erik Olin Wright
Alternativen zum Kapitalismus
Vorschläge für eine demokratische Ökonomie